



Wildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inland monatlich 1,76 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Freudenberg Zweigstelle Wildbad. — Bonnfonto: Enztalbank GbR & Co., Wildbad; Strohheimer Gewerdbank Filiale Wildbad. — Postkassentext 217 74 Gmündert. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Kleinaussätze 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Ausnahmestellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konfliktfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassigkeit weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

Die neue Not-Verordnung.

Preis-, Zins- und Mietsenkung - Lohn- und Gehaltsherabsetzung. - Uniformverbot.

Aus dem Inhalt der Verordnung.

Berlin, 8. Dezember 1931.

Reichskanzler Dr. Brüning begab sich kurz nach 18 Uhr ins Reichspräsidentenpalais, wo Reichspräsident von Hindenburg alsdann die Notverordnung unterzeichnete.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, befaßt sich der erste Teil der Notverordnung mit dem Problem der Preis- und Zinsenkung.

Die gebundenen Preise werden sämtlich um 10 Prozent gekürzt. Der Preis für Kohle und Kalk wird ab 1. Januar ebenfalls um 10 Prozent gesenkt, auch der Preis für Stickstoff soll ab 1. Januar gesenkt werden. Es ist auch Vorsorge getroffen, daß die Herabsetzung des Kohlenpreises sich bis zum Kleinhandel auswirkt.

Das schwierigste Problem ist die Zinsenkung. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, die Zinsen für die festverzinslichen Papiere zu senken, und zwar sowohl die Schuldverschreibungen des Reiches und der Länder und der Kommunen als auch privater Papiere dieser Art. Die Zinsenkung soll durchgeführt werden bei 8 Prozent oder weniger auf 6 Prozent, bei Zinsfüßen von mehr als 8 Prozent im Verhältnis von 8:6. Diese Regierung gilt auch für Hypotheken und Pfandbriefe.

Der Reichskommissar für das Bankgewerbe wird durch Vereinbarung mit den Spitzenverbänden eine Senkung der Debetzinsen herbeiführen.

In den Fällen, in denen eine Vereinbarung nicht möglich ist, hat der Kommissar das Recht, von sich aus Festsetzungen zu treffen. In Verhandlungen mit der Reichsbank ist eine Annäherung des Lombardzinsfußes an den Wechselzinsfuß herbeigeführt worden. Die Senkung beträgt zunächst ein Prozent. Von besonderem Interesse ist, daß die Steuerzugszuschläge ab 1. November aufgehoben werden. Die Hauszinssteuer

Hauszinssteuer

soll allmählich abgebaut werden, sie wird zunächst zum 1. April um 20 Prozent gesenkt, dann später für die Jahre 1935-36 auf 75 Prozent, für die folgenden Jahre auf 50 Prozent, so daß sie am 1. April 1940 ganz verschwindet. Dieser Abbau wird zunächst dadurch sichergestellt, daß die Hauszinssteuer nach bestimmten Sätzen sofort abgelöst werden kann. Die Mietsenkung

Mietsenkung

ergibt sich aus der Herabsetzung der Hypothekenzinsen, und zwar für Alt- und Neuwohnungen. Wo die Zwangswirtschaft nicht mehr besteht, ist die Möglichkeit der einmaligen Kündigung vorgesehen und zwar am 1. April; das gilt auch für gewerbliche Räume.

Durch Schutzvorschriften zugunsten der Landwirtschaft und des Hausbesitzes kann bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken im Falle einer Verschleuderung der Zuschlag verweigert werden.

Unter den sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen sind steuerliche Erleichterungen für die Aufstellung von Gesellschaften vorgesehen, um die Rückentwicklung zu fördern. Die Einführung eines Bierpfennig-Stückes soll den Spartrieb weiter fördern.

Der zweite Teil der Notverordnung behandelt in erster Linie die Frage der Löhne und Gehälter.

Löhne und Gehälter.

der Arbeiter und Angestellten. Es ist vorgesehen, daß alle Tarifverträge vom Tage des Inkrafttretens der Notverordnung gekündigt werden mit der Maßgabe, daß die Lohn- und Gehaltsfüße auf den Stand vom 10. Januar 1927 heruntergesetzt werden. Die Löhne und Gehälter bei den Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden sollen ab 1. Januar 1932 um 9 Prozent und bei den Arbeitern um 10 Prozent gesenkt werden.

Ein weiteres Kapitel der Notverordnung enthält Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltes. In diesem ist in der Hauptsache eine Erhöhung der Umsatzsteuer

Erhöhung der Umsatzsteuer

auf 2 Prozent und die Erhebung einer Ausgleichsteuer für die Einfuhrwaren vorgesehen.

Um gegen böswillige Kapitalflucht mit den schärfsten Mitteln vorzugehen, ist in der Notverordnung eine sogenannte Reichsfluchtsteuer

Reichsfluchtsteuer

vorgesehen. Von dieser Steuer werden alle diejenigen betroffen, die in der Zeit vom 31. März 1931 bis 31. März 1933 über 200 000 Mark Vermögen in das Ausland bringen. Die Steuer wird in Höhe von einem Viertel ihres in Deutschland befindlichen Vermögens erhoben. Weitere Abschnitte der Notverordnung beschäftigen sich

dann mit der Frage der Börsenumsatzsteuer. Künftig müssen auch diejenigen Firmen Börsenumsatzsteuer zahlen, die ihre Börsengeschäfte innerhalb der eigenen Firma machen und bisher von der Börsenumsatzsteuer befreit waren.

In der Frage der Realsteuern werden die Länder ermächtigt, im Bedarfsfall einzelnen Gemeinden eine Erhöhung der Realsteuern zu gestatten.

Der letzte Teil der Notverordnung bringt Maßnahmen zum Schutze des inneren Friedens. Neben Richtlinien gegen den Mißbrauch von Waffen enthält dieser letzte Teil als zweifellos einschneidendste Maßnahme ein allgemeines Uniformverbot für sämtliche Verbände.

allgemeines Uniformverbot für sämtliche Verbände.

Jedes Tragen von irgendwelchen Uniformen ist den Angehörigen politischer Verbände außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Weiter ist eine erhebliche Verschärfung des Ehrenschutzes vorgesehen. Verleumdungen gegen Personen im öffentlichen Leben werden in Zukunft mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Außerdem sind bis zum 3. Januar zur Sicherung des Weihnachtsfriedens alle Versammlungen, sowie alle Aufzüge unter freiem Himmel verboten.

Appell des Reichskanzlers Brüning

Der Reichskanzler sprach dann gestern im Rundfunk mit der ihm eigenen Eindringlichkeit, über die politische Eingebung des neuen Gesetzeswerkes. Er unterstrich zum ersten mit unmißverständlichem Nachdruck, daß die Notverordnung ein „absolut ineinander gearbeitetes Ganzes“ sei, von dem ein Teil den anderen bedingt, aus dem kein Teil herausgenommen werden könnte.

Ein anderer Ausweg habe nach der Auffassung des Reichskabinetts sich nicht gezeigt, um die Zahlungssicherheit zu gewährleisten, den Warenumsatz auf der normalen Höhe zu halten und die Arbeitslosigkeit zu verhindern, statt sie weiter steigen zu lassen.

Der Haushalt des Reiches sei durch die Sparmaßnahmen der letzten beiden Jahre auf einen Stand reduziert worden, der den niedrigsten Vergleichszahlen aus der Vorkriegszeit entspreche, der selbst bei intensivster Sichtung dem Auslande keine Möglichkeit zur Kritik mehr bietet. Auch unter dieser Entwicklung sei jetzt der Schlüsselstrich zu ziehen. Dr. Brüning schloß mit einem Appell an die Vertreter der Presse und durch sie an die gesamte deutsche Öffentlichkeit, bei dem Urteil über die Arbeiten des Kabinetts der Verantwortung der schicksalsschweren Stunden, die uns bevorstehen und für die zu rüsten es gilt, sich bewußt zu bleiben. Umfang und Tragweite des vorliegenden Gesetzes sind so viel größer als früher.

Deswegen müssen Preisenkung, Lohn- und Gehaltsenkung, sowie die Senkung der Frachten also Maßnahmen auf der ganzen Linie gleichzeitig erfolgen.

Nur so kann es gelingen, zu verhindern, daß die reale Kaufkraft sinkt, die Produktion weiter zusammenschrumpft und die Arbeitslosigkeit ins Ungemessene steigt. Eine Senkung der Hauszinssteuer, verbunden mit der Zinsenkung, werden eine mindestens zehnpromzentige Verminderung der Mieten ergeben.

Diese Opfer müssen zur Senkung der Preise, zur Erleichterung der Lebenshaltung führen. Das ist ihr unveränderlicher Sinn.

Eine Rettung Deutschland ist jetzt wie in den vergangenen Jahren nur möglich, wenn sich die Leitung der deutschen Politik nicht ebenfalls in dieses Reich der Illusionen begibt.

sondern sich bei heißer Liebe für Volk und Vaterland von nüchterner Ueberlegung, von harter Einsicht in die uns nach dem Krieg verbliebenen Mittel und Möglichkeiten bestimmen läßt. Die Neigung zu einer gefühlsmäßigen Betrachtung der Politik, so sehr sie auch in der Tiefe der deutschen Seele wurzeln mag, darf nicht die Oberhand über ruhige Ueberlegungen gewinnen, sonst werden wir unser Land nie mehr auf den Platz zurückbringen, der ihm gebührt. Für jeden, der in der Verzweiflung solchen Zielen nachgeht, muß ein schreckliches Erwachen kommen. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf Strömungen dieser Art nicht nachgeben. Sie darf und wird nicht davor zurückschrecken, einen drohenden Zerfall der Volkskraft mit eiserner Energie entgegen zu treten. Sie duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige.

Hier wirkt **Wegelin** es macht unempfindlicher gegen Erkältung!

Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge, notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes, gegen alle eingeseht werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden stärkster Nervenprobe den verfassungsmäßigen Gewalten in den Arm zu fallen. Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten den legalen Weg seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in freiem Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen der Führer, die zu sinnlosem Kampf und zu außenpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man auf legalen Wege zur Macht gekommen, die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Dagegen wende ich mich als verantwortlicher Staatsmann aufs schärfste.

Ich werde mich mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solcher Parteiveruche entgegensehen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen. Ein uralter Instinkt gesunder Völker ermahnt uns, den innerpolitischen Meinungsstreit zurücktreten, ja völlig schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht.

Um den inneren Frieden gegen Gewaltmaßnahmen und Terrorakte von jeder Seite zu schützen, ist eine Verschärfung der Bestimmungen über den Waffengebrauch notwendig geworden. Das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände hat sich als großer Mißstand erwiesen. Reichspräsident und Reichsregierung haben sich daher entschlossen, das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände allgemein und ausnahmslos für das ganze Reichsgebiet zu verbieten.

Der Reichspräsident hat sich ferner entschlossen, zur Sicherung des Weihnachtsfriedens von morgen ab bis zum 3. Januar nächsten Jahres alle öffentlichen politischen Versammlungen und Umzüge zu verbieten, damit unser Volk Gelegenheit bekomme, Abstand von dem aufgeregten, lauten Tagesstreit zu gewinnen.

Die französische Regierung zur Reparationsfrage

Beeinflussung des Sonderausschusses - Mißbrauch der „Weisheit“

Paris, 8. Dez. Zur Eröffnung der Arbeiten des beratenden Sonderausschusses in Basel erklärt die französische Regierung den beteiligten Regierungen ihre Ansicht über die Reparationsfrage. Ergänzende Ueänderung der im Youngplan festgelegten Grundsätze sei nur bei gleichzeitiger Herabsetzung der zwischen den Regierungen bestehenden Schulden möglich. Frankreich nehme die deutsche Forderung an, die Lage im Deutschen Reich im Rahmen des Youngplans zu untersuchen, da, nachdem Deutschland im Haag den Bedingungen des Youngplans „bestimmte“ habe, seine Forderung auf Einberufung des Ausschusses den ordnungsmäßigen Schritt eines Schuldners darstelle, der seine Verpflichtungen zu erfüllen wünsche. Da die „Weisheit“ die deutsche Zahlungsunfähigkeit „zum Teil“ erklären lassen, lasse erlenne Frankreich die Notwendigkeit an, dem Reich zu Hilfe zu kommen und werde dem Geiste des 1. März in Washington veröffentlichten Berichts entsprechen. Hinsichtlich der Arbeiten des Baseler Ausschusses habe sich Frankreich seine Handlungsfreiheit vorbehalten, da ihm der Wortlaut der deutschen Forderungen nicht zu endgültiger Einmütigkeit unterbreitet worden sei. Es prüfe die Notwendigkeit, das gegenwärtige Moratorium im Geiste der Zugeständnisse an die deutsche Lage zu verlängern. Frankreich behält jedoch auf der Aufrechterhaltung der Reparationszahlungen, da kein Beweis dafür gegeben sei, daß Deutschland künftig in einem Krisenzustand bleiben werde. Im Hinblick darauf, daß die Finanzschwierigkeiten des Reiches nicht geeignet seien, eine endgültige Prüfung vorzunehmen, könne sich die gegenwärtige Untersuchung nur mit einer vorübergehenden Lage beschäftigen und durch nur einstweilige Maßnahmen Abhilfe schaffen. Erst in einer späteren internationalen Konferenz werde man die Zahlungsfähigkeit zu prüfen haben. Die französische Regierung lehne es ab, das Vorrecht der kurzfristigen Schulden anzuerkennen, bemerke aber, daß die Frage in Wirklichkeit überhaupt nicht zur Verhandlung stehe, denn die Reparationen und Privatschulden seien nur Elemente der Grundfrage der Zahlungsfähigkeit und der Achtung vor den Schuldverpflichtungen. Der beratende Sonderausschuss müsse für die Zurückführung der ins Ausland geflüchteten deutschen Kapitalien eintreten.

Die Pariser Presse begleitet die amtliche Ausrufung mit noch schärferen Ausfällen. Das „Echo de Paris“ geht sogar soweit, den französischen Vertreter im Sonderausschuss, Professor Rist, als unzulänglich für eine entschiedene Vertretung der Interessen Frankreichs zu bezeichnen. Schroff sei der englische Standpunkt anzunehmen, daß die Finanzkrise Mitteleuropas im allgemeinen und Deutschlands im besonderen auf die Reparationszahlungen zurückzuführen seien.

Die Einstellung, als ob nicht die Milliardenrisiko, sondern die „Weltkrise“ die deutsche Zahlungsunfähigkeit herbeigeführt hätte, können die Franzosen leider damit begründen, daß von amtlicher deutscher Seite selbst lange Zeit immer wieder die „Weltkrise“ für die deutsche Krise verantwortlich gemacht wurde und daß allzu vorfichtig die wahre Ursache, nämlich das Verschwinden der deutschen Goldmilliarden im Rassenkampf der Bank von Frankreich und in der französischen Rüstungsindustrie mit Süßholzweigen übergeben wurde, bis Mussolini, Hoover, Borah und nun auch England kein Blatt mehr vor den Mund nahmen und das Kind beim rechten Namen nannten.

Neue Nachrichten

Die Aderreichen beim Reichspräsidenten

Berlin, 8. Dez. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Vorstand des Reichsbunds der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie, Bundesvorsitzenden Konrad, und Bundesgeschäftsführer Generalmajor a. D. Dig.

Die Eisenbahnergewerkschaften bei Treviranus.

Berlin, 8. Dez. Reichsverkehrsminister Treviranus empfing heute Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften zu einer Aussprache über die mit der bevorstehenden Notverordnung zusammenhängenden Fragen. Der Minister wies darauf hin, daß die Reichsregierung die Preislenkung als Ganzes behandeln müsse, und daß sie erwarre, daß die bevorstehenden starken Eingriffe in alle Wirtschaftsbereiche zu einer der Senkung der Bezüge entsprechenden Ermäßigung der Lebenshaltungskosten führen werde. Was die vorgebrachten Einzelwünsche angeht, so sei er gern bereit, in freundschaftlichen Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der D.R.G. den Mittler zu machen. Weiter könne er bei der bekannten rechtlichen Unabhängigkeit der Deutschen Reichsbahngesellschaft nicht gehen. Es sei zu hoffen, daß die allgemeinen Auflockerungen der Wirtschaft im Verein mit den Tarifsenkungen eine finanzielle Erleichterung für die Reichsbahn bringen werde.

Die kommunistische Kundgebung in Washington

Washington, 8. Dez. Die gestern hier eingetroffenen kommunistischen Demonstranten bildeten, nachdem sie weder ins Kapitol zum Vizepräsidenten Curtis noch ins Weiße Haus hineingelassen worden waren, einen Demonstrationzug, der sich unter starker Polizeibegleitung durch das hiesige Geschäftsviertel bewegte. Auf ihren Plakaten verlangten sie Abschaffung aller Rüstungsausgaben, Arbeitslosenunterstützung und baldige Auszahlung von je 150 Dollar an alle Mittellosen.

Die Gemeinderatswahl in Württemberg

Stuttgart: Nach der Zählung in 200 Bezirken können von der Deutschnationalen Volkspartei als gewählte Kandidaten gelten: Dr. Schott, Stadtrat Kächele und Stadtrat Prof. Weitbrecht.

Feuerbach: Von 15 454 Wahlberechtigten haben 12 348 gleich 79,9 Prozent abgestimmt. Es erhalten Sitze: Komm. Opposition 1 (2), Sozialdemokraten 3 (4), Deutschnationale 1 (0), Freie Wählervereinigung 2 (4), Demokraten 3 (4), Nationalsozialisten 2 (0), Kommunisten 2 (0).

Vaihingen a. d. Fildern: Bürgerliche Wählervereinigung 5, Nationalsozialisten 1, Kommunisten 2, Sozialdemokraten 2. Im neuen Gemeinderat, der aus 20 Mitgliedern besteht, ist eine bürgerliche Mehrheit von 11 Stimmen vorhanden.

Heidenheim a. Br.: Nationalsozialisten 3 Sitze (bisher 0), Deutschnationale Volkspartei 2 (2), Deutsche Volkspartei 1 (3), Schnaitheimer Wählervereinigung 2 (2), Zentrum 2 (2), Demokraten 4 (5), Sozialdemokraten 8 (9), Kommunisten 2 (1) Sitze.

Esslingen: Für 15 Mandate erhielten die Sozialdemokraten 66 740 Stimmen (i. J. 1928: 92 191), Kommunisten 76 293 (37 379), Landwirte 22 295 (25 749), Christl. Volksdienst 17 660 (17 919), Zentrum 18 363 (14 379), Deutsche Volkspartei 20 833, Demokraten 19 753, Deutschnationale 14 669, Nationalsozialisten 64 846.

Ulm: Zentrum 4 (4), Christl. Volksdienst 1 (0). Der Gemeinderat setzt sich nun folgendermaßen zusammen: Sozialdemokraten 8 (bisher 10), Kommunisten 2 (0), Zentrum 10 (10), Deutschnationale 8 (10), Nationalsozialisten 7 (0), Demo-

Tagespiegel

Der Reichskanzler hat dem Domkapitel Freiburg zum Hinscheiden des Erzbischofs Feil telegraphisch die Teilnahme ausgesprochen.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im Reich ist am 30. November auf 5 057 000 gestiegen.

Der heftige Landtag hat den Abg. Dr. Werner (Nat.-Soz.) zum Landtagspräsidenten, Abg. Wedler (Ztr.) zum ersten und Abg. Delp (Soz.) zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Staatspräsident Adenau (Soz.) stellte die drei Ministerämter dem Landtag zur Verfügung; das Ministerium werde die Geschäfte bis zur Einsetzung einer neuen Regierung fortführen. Die Nationalsozialisten verlangten eine Sitzungsunterbrechung für Stellung politischer Forderungen. — Abg. Schäfer, der noch als Nationalsozialist gewählt worden war, hat sich als „krank“ entschuldigt. — Schäfer hat bekanntlich die „Vorheimer Schriften“ der preussischen Regierung ausgeliefert. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit seines Mandats wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen. — Als der soz. Abg. Steffan eine Erklärung verlas, es sei für Republikaner eine Zumutung, mit den nat.-soz. Abgeordneten zusammenzusetzen, die durch die Vorheimer Sache aufs schwerste belastet seien, entstand ungeheurer Lärm. — 60 Anträge der Kommunisten über „Wir-erhülfe“ wurden dem Ausschuss überwiesen.

Die Vertreter der Deutschen Nationalsozialisten in Italien, Nieland und Strieder, haben in Florenz und Rom Werbevorträge gehalten.

Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Löhner hat sich erschossen. Das englische Unterhaus hat die von der Arbeiterpartei gegen die Zollvorlage des Landwirtschaftsministers eingebrachte Entschliebung mit 315 gegen 36 Stimmen abgelehnt und darauf die Vorlage selbst in zweiter Lesung angenommen.

Zwischen England und Frankreich ist der offene Handelskrieg ausgebrochen. Der französische Handelsminister erklärte, die englischen Schutzzölle werden der französischen Ausfuhr nach England einen Verlust von 1 1/2 Milliarden Franken zufügen.

Aus Washington wird gemeldet, Hoover werde dem amerikanischen Kongress einen großzügigen Hilfsplan zur Belebung der Wirtschaft des Landes durch Schaffung eines Notstandsfinanzinstituts mit 1000 Millionen Dollar vorlegen.

Das Abgeordnetenhaus in Washington hat den Führer der Opposition, Garner (Texas), mit 218 gegen 207 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

traten 7 (9), Deutsche Volkspartei 1 (3), Christl. Volksdienst 1 (0).

Omünd: Vorläufiges Ergebnis: Zentrum 6, Nationalsozialisten 2, Kommunisten 2, Freie Vereinigung 1, Christl. Volksdienst 1.

Ludwigsburg: Von 19 884 Wahlberechtigten haben rund 75 Prozent abgestimmt. Es erhielten: Christl. Volksdienst 1 (1), Bürgerliche Vereinigung (Deutschnat., D.V.D., Mittelstand, Landwirte) 3 (4), Sozialdemokraten 2 (2), Zentrum 1 (1), Kommunisten 2 (1), Wählervereinigung der Vorstädte Eglosheim, Hoheneck und Pfaffenfeld 0 (1), Nationalsozialisten 5 (0), Demokraten 1 (5) Sitze. Zu diesem gewaltigen Ruck nach rechts haben besonders die auf Samstagabend in sämtlichen großen Sälen einberufenen Massenversammlungen der Nationalsozialisten beigetragen, in denen Prinz August Wilhelm von Preußen als Redner sprach.

Göppingen: Abgestimmt haben 76,2 Prozent. Es erhielten: Soz. 5 Sitze (bisher 6), Soz. Arbeiterpartei 0 (0), D.V.D. 1 (1), Komm. 1 (1), Dem. und nat. Wählervereinigung 5 (7), Zentrum 1 (1), Nationalsozialisten 2 (0), Radikale Opposition 0 (0).

Heilbronn: Nationalsozialisten 3 (0), Ver. Rechte 1 (2), D.V.D. 1 (0), Zentrum 1 (1), Dem. 3 (5), SPD 5 (6), K.P.D. 1 (1). Künftig sind im Gemeinderat Nationalsozialisten 3 (0), Rechte 3 (bisher mit D.V.D. 6), D.V.D. 1 (0), Zentrum 2 (1), Dem. 8 (10), Soz. 11 (12), K.P.D. 2 (1).

Weinsberg: Gewerbeverein 2 (3), Weingärtner 2 (2), Sozialdemokraten 2 (2), Beamtenbund 1 (1), Nationalsozialisten 1 (0).

Bad Mergentheim: Zentrum 4, Bürgerliche Mitte 2, Freie Wählervereinigung 1, Nationalsozialisten 2.

Rottenburg: Zentrum 6 (6), Sozialdemokratie 1 (1), Kommunisten 0 (0), Ueberparteil. Wählervereinigung 2 (2).

Lauffen a. N.: Nationale Parteien 5 (4), Sozialdemokraten 2 (2), Gewerbeverein 1 (2), Kommunisten 1 (1). Der Gemeinderat setzt sich künftig zusammen aus 9 Bauernbund-

zuge ständen, würde ich ihn pardonieren, in unseren Friedenszeiten aber ist er ein Schädling, der abgestoßen werden muß im stillen, damit das Ganze nicht unter ihm leidet. Und den Respekt vor nutzlosen Menschenleben verlernt man, wenn man vier Jahre dort unten in Afrika gewesen ist.“

Der Obersteuermann wandte den schmalen Kopf:

„Na, und wir beide? Wir können jetzt wohl in die Herrengasse gehen zu dem tüchtigen Hutmacher Reimbott. Uns rechtzeitig ein Paar Zylinder besorgen für den Abmarsch ins dunkle Zivill?“

„Ich nicht, Herr Obersteuermann,“ erwiderte der kleine Rabenhainer, in sein Gesicht trat ein trotziger Ausdruck. „Ich bin mit Leib und Seele Soldat, möchte nicht irgendwo kümmerlich als Postmeister enden mit dem Zivildienstschein. Ich setze mich zur Wehr, wenn man mir aus diesem Fall von oben her ans Leder will, und ich gedenke, meine Stellung siegreich zu behaupten.“

„Ich möchte wissen wie?“ sagte der Obersteuermann und hob den Kopf.

„Sehr einfach! Und wenn Herr Obersteuermann gestatten, will ich den Fall in wenigen Worten klarstellen. Also! Der Leutnant von Raugaard hat seine verbrecherische Tätigkeit so geschickt zu verschleiern gewußt, daß nicht einmal seine gleichaltrigen Kameraden, die mit ihm täglich zusammen waren, eine Ahnung davon hatten. Wie sollte ich also davon erfahren, wo ich ihn nur im Dienst sah und mittags die kurze Stunde bei Tisch? Und noch viel weniger Sie, Herr Obersteuermann! Herr Obersteuermann waren doch lediglich auf meine Berichte angewiesen, und da diese Berichte ausblieben, konnten Sie sich unmöglich ein eigenes Urteil bilden!“

hym. vereinigte nationale Parteien, 4 Gewerbetreibenden, 4 Sozialdemokraten und 1 Kommunisten.

Schweningen: Sozialdemokratie 2 (5), Demokraten 3 (5), Kommunisten 3 (1), Zentrum 1 (1), Nationalsozialisten 3 (0). Der neue Gemeinderat setzt sich zusammen aus 7 Sozialdemokraten (9), 8 Demokraten (10), 4 Kommunisten (2), 2 Zentrum (2), 3 Nationalsozialisten (0), Bürgerpartei 0 (1).

Tuttlingen: Zentrum 1 (2), Sozialdemokraten 4 (6), Nationalsozialisten 2 (0), Bürgerliche 4 (8), Kommunisten 1 (0), Chr. Volksdienst 0. Ausgetreten sind 16 Mitglieder, neu gewählt wurden 12.

Kirchheim u. T.: Nationalsozialisten 1, Sozialdemokraten 2, Kommunisten 2, Bürgerliche Wählervereinigungen 4, Christl. Volksdienst 1, Kath. Wählervereinigung 0.

Ravensburg: Von insgesamt 11 401 Wahlberechtigten haben 8538 abgestimmt, das sind 74,69 v. H. Es entfielen auf Chr. N. Arbeitnehmerschaft 2 (2) Sitze, Sozialdemokraten 1 (1), Nationalsozialisten 2 (0), Nationale Wählervereinigung 2 (2), Zentrum 4 (6), Kommunisten 1 (0), Handels-, Gewerbe- und Bürgerverein 2 (3). Bemerkenswert ist das starke Anwachsen der radikalen Flügelparteien. Das Zentrum verlor gegen 4600 Stimmen.

Württemberg

Stuttgart, 8. Dezember.

Der Arbeitsmarkt Südwestdeutschland. Am 30. November standen in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung 81 877, in der Krisenunterstützung 66 697 Personen. Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 9093 Personen oder um 6,5 v. H. von 139 481 auf 148 574 Personen (121 919 Männer, 26 655 Frauen). Davon kamen auf Württemberg 63 563 gegen 58 870 und auf Baden 85 011 gegen 80 611 am 15. November 1931. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 30. November 1931 auf 1000 Einwohner 29,5 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, gegen 23,7 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Das Gesamtangebot an verfügbaren Kräften betrug Ende November 272 295 oder 9937 mehr als Mitte November und 23 356 mehr als Ende Oktober.

Opfer für das Erntedankfest. Nach einer Bekanntmachung des Ev. Oberkirchenrats wird auch in diesem Jahr den Kirchengemeinden nahegelegt, das Opfer am Erntedankfest dem Verein für evangelische Mission in Kamerun und Nordtogo zuzuwenden.

Friedrichshafen: Wahlbeteiligung 75 Prozent. Sozialdemokraten 3 (4), Zentrum 8 (10), Demokraten 3 (3), Kommunisten 1 (1), Freie Wählervereinigung 2 (2), Deutsche Volkspartei und Deutschnationale 1 (1), Nationalsozialisten 2 (0).

Tübingen: Sozialdemokraten 3 (4), Kommunisten 1 (0), Christl. Volksdienst 2 (1), Volkspartei 3 (4), Deutschnationale 6 (7), Nationalsozialisten 4 (0), Zentrum 3 (3), Demokraten 6 (9).

Reutlingen: Wahlbeteiligung 78 Prozent. Sozialdemokraten 4 (6), Christl. Volksdienst 1 (0), Zentrum 1 (1), Haus- und Grundbesitz 4 (0), Demokraten 1 (5), Volkspartei 0 (2), Kommunisten 1 (0), Ueberparteiliche Wählervereinigung 1 (0), Bürgerpartei 0 (1), Nationalsozialisten 2 (0).

Balingen: Nationalsozialisten 3, Kommunisten 0, Kath. Wählervereinigung 1, Sozialdemokraten 2, Bürgerschaft 2 Sitze. Die Bürgerschaft verlor von ihren früheren sechs Sitzen einen an die Kath. Wählervereinigung und drei an die Nationalsozialisten.

Mehingen: Kommunisten 2 (1), Christl. Volksdienst 1 (1), Nationalsozialisten 3 (0), Bürgerliche 3 (6), Sozialdemokraten 0 (1). Die Nationalsozialisten haben mehr Stimmen erhalten als die fünf im bürgerlichen Wahllokal vereinigten Parteien. Die Sozialdemokraten verlieren 1 Mandat an die Kommunisten.

Reichenbach a. d. F.: Handels- und Gewerbeverein 2, Kommunisten, Nationalsozialisten, Landwirte, Sozialdemokraten je 1 Sitz.

Neuenbürg: Bürgerliche Vereinigung 3, Sozialdemokraten 1, Kommunisten 2, Nationalsozialisten 2 Sitze.

Altensteig: Es ziehen neu in den Gemeinderat ein 1 Nationalsozialist und 1 Kommunist. 4 seitherige Gemeinderäte wurden wiedergewählt.

Befigheim: Sozialdemokraten 2 (3), Landwirte und Gewerbe 3 (4), Nationalsozialisten 2 (0).

Freudenstadt: Bei stark gesteigerter Wahlbeteiligung hat sich die Stimmenzahl der Kommunisten gegenüber der Reichstagswahl fast verdoppelt, die der Nationalsozialisten beinahe verdreifacht.

„Das ist richtig,“ versetzte der Kommandeur und atmete unmerklich auf.

„Dann weiter! . . . Vor einigen Tagen stellte ich den Leutnant von Raugaard wegen der Wilddiebereien im Rohnsteiner Revier — der Anlaß ist gleichgültig — und trotz wiederholter Ermahnung lag er mich an. Versicherte, er spräche die lautere Wahrheit. Mein Verdacht schloß darauf ein, und als Herr Obersteuermann bei der Offiziersversammlung im Kasino hier die Mitteilung machten, der Forstmeister hätte reuevoll zugestanden, sein Wilddieb wäre ganz wo anders zu suchen, nur nicht im Bataillon Spord, bin ich so weit gegangen, dem Herrn von Raugaard meinen Verdacht feierlich abzugeben. Daß der Forstmeister Ruidinger seine Bekundung abgab, um ganz ungestört seine Nachforschungen anzustellen, konnten wir nicht ahnen. Weder ich noch Sie, Herr Obersteuermann!“

Der Kommandeur schüttelte mit dem Kopfe.

„Das ist Sophisterei!“ . . .

Der Hauptmann Rabenhainer aber redete die sehnige Gestalt in seinen blauen Augen bligte es auf.

„Ach nein, Herr Obersteuermann, nur die gerechte Notwehr zweier Männer, die in einer zu den höchsten Zielen führenden Laufbahn nicht über einen kleinen Laugentisch von Leutnant stracheln wollen. Und es klingt ein wenig anmaßend, ich bin mir zu schade dazu! Mein Kopf soll dem Vaterlande noch etliche Dienste erweisen, aber nicht mit einem verbeulten Zylinder oben drauf.“

Der Hauptmann Rabenhainer trat näher an seinen Oberheran, seine Stimme klang eindringlich.

(Fortsetzung folgt.)

Die Spord'schen Jäger

Roman von Richard Stowronnet.

58. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Sie gingen in das leere Besetzungszimmer des Kasinos hinüber. Der Hauptmann Rabenhainer schickte eine Ordonnanz an den Herrn Oberleutnant von Bahlenberg im Ratskeller, er möchte sich in einer äußerst dringlichen Angelegenheit sofort zu dem Herrn Leutnant von Raugaard begeben. Danach standen sie schweigend, sahen in den Kasinogarten hinab, in dem auf dem großen Mittelbeet die vielfarbigen Rosen blühten. Die liebe Sonne leuchtete darüber, die sich hinter den Rohnsteiner Buchen langsam zum Untergange neigte, vergoldete die bunten Blüten und grünen Hecken mit warmem Glanz.

Der Obersteuermann atmete tief auf, griff sich mit der Hand in den Rocktaschen, als wäre er ihm plötzlich zu eng geworden.

„Es ist Ihnen wohl nicht recht zum Bewußtsein gekommen, Herr Hauptmann, daß Sie vorhin so etwas wie ein Todesurteil ausgesprochen haben?“

Der kleine Rabenhainer richtete sich auf, seine Stimme klang heiser.

„Doch, Herr Obersteuermann! Da es der Kommandeur nicht tat, mußte ich's wohl tun!“

Der Obersteuermann Brintmann sah vor sich hin, in seinen Augenwinkeln schimmerte es feucht.

„Ich bin wohl nicht aus dem harten Holz wie Sie! Und ich hatte ihn gern. Seht, wo ich ihn verlieren soll, am liebsten eigentlich von meinen grünen Jungens.“

„Ich auch! Obwohl er mich belogen hat neulich, als ich ihn auf dem Marktplatz stellte. Wenn wir vor einem Feld-

Vertreibung von Rückständen in der Sozialversicherung. Durch eine Verordnung des Wirtschaftsministeriums ist für die Vertreibung von Rückständen in der Sozialversicherung als Vollstreckungsbeamter der Ortsvorsteher oder der für ihn bestellte gemeindliche Vollstreckungsbeamte derjenigen Gemeinde, in deren Bezirk Vollstreckungsverhandlungen vorzunehmen sind, befristet worden.

Gebäudebrandschadensumlage für das Jahr 1932. Durch eine Verordnung des Innenministeriums werden als Gebäudebrandschadensumlage für das Kalenderjahr 1932 7,5 Reichspfennig auf 100 Reichsmark Umlagekapital erhoben. Das Umlagekapital ist bei den Gebäuden der dritten Gefahrenklasse (Regelklasse) gleich dem nach Vorkriegspreisen berechneten Brandversicherungsansatz; bei den Gebäuden der ersten, zweiten, vierten, fünften und sechsten Klasse beträgt das Umlagekapital das 1/2, 1/3, 2/3, 5- und 8fache jenes Ansatzes. Die Umlageschuld des einzelnen Gebäudeeigentümers ist auf den nächsten durch fünf teilbaren Reichspfennigbetrag nach oben aufzurunden.

Zur Feuerbacher Rede des Landtagspräsidenten. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß Landtagspräsident Pflüger in einer öffentlichen Versammlung in Feuerbach scharfe Angriffe gegen den Staatspräsidenten und den Finanzminister gerichtet habe. Die Angelegenheit ist durch eine mündliche Aussprache des Staatspräsidenten mit dem Landtagspräsidenten erledigt worden. Landtagspräsident Pflüger hat in einem Artikel in der Schwäbischen Tagwacht die Pressemitteilungen über seine Feuerbacher Ausführungen richtiggestellt und hat diesen Ausführungen eine Auslegung gegeben, die ihnen den verletzenden Charakter nimmt.

Weihnachtsausstellung „Weihnachtsrippen und Kinderpielzeug“. Den Abschluß der Wechsel-Ausstellungen, welche das Stuttgarter Schloßmuseum aus eigenen Beständen, die durch Leihgaben ergänzt werden, veranstaltet, bildet für dieses Jahr eine Weihnachtsausstellung „Weihnachtsrippen und Kinderpielzeug“. Die Ausstellung zeigt u. a. einige Prachtbeispiele Tiroler und Neapolitaner Weihnachtsrippen des 18. Jahrhunderts, Puppenstuben, -häuser und -küchen des 18. bis 19. Jahrhunderts, darunter eine Puppenstube, mit der die Kinder der Königin Luise in Preußen auf der Flucht in Königsberg gespielt haben. Ein wesentlicher Teil der Puppen und Puppenstuben stammt aus der Sammlung der verstorbenen Jugendschriftstellerin Toni Schumacher. Eröffnung 10. Dezember 1931, geöffneter Vertag: 10-12, 2-4 Uhr, Sonntag 11-3 1/2 Uhr. Eintrittspreise: Erwachsene 20 Rp., Kinder 10 Rp.

Krankheitsstatistik. In der 47. Jahreswoche vom 22. bis 28. November wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 32 (tödlich —); Genickstarre 2 (1); Lungen- und Kehlkopftuberkulose 12 (21); Scharlach 40 (1); Typhus 1 (—); Spinale Kinderlähmung 1 (—).

Politische Zusammenstöße vor dem Schnellrichter. Das erweiterte Schöffengericht Cannstatt behandelte am Samstag und Montag im Schnellverfahren die politischen Ausschreitungen auf der Neckarstraße bei Münster in der Nacht zum 3. Dezember. Nationalsozialistische Zettelverteiler sind damals von einer großen Anzahl Kommunisten und Reichsbannerleuten angegriffen worden. Drei Nationalsozialisten wurden überfallen und mißhandelt, drei andere auf der Flucht in den Neckar gejagt. Gegen die 26, meist in Münster wohnhaften Angeklagten verhängte das Gericht wegen Landfriedensbruchs, Waffenmißbrauchs u. a. insgesamt 62 Monate Gefängnis, und zwar dreimal je sechs Monate, zweimal je 4 Monate, zwölfmal je 3 Monate Gefängnis. Ein mittelangelegter Nationalsozialist erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung 30 Mk. Geldstrafe. Acht Angeklagte wurden freigesprochen.

Vertrauensmißbrauch. Von der in Stuttgarter Mätkerkreisen bekannten Firma Dr. Frank u. Co. hatte sich Dr. jur. Kurt Frank, dessen Frau Inhaberin der Firma ist, vor dem Schöffengericht Stuttgart unter der Anklage der Untreue zu verantworten. Der Angeklagte war von einer Früchteimportfirma mit der Wahrung ihrer Interessen beauftragt, hatte aber dabei mehr an seine eigenen Interessen als an die seiner Auftraggeberin gedacht und insgesamt rund 3000 Mk. veruntreut. Als dieser Vertrauensbruch rufbar wurde, benützte der Staatsanwalt sofort die Gelegenheit, gegen Dr. Frank, dem bisher nie beizukommen war, einzuschreiten und ihm das Handwerk zu legen. Mit 8 Monaten Gefängnis wurden die Absichten des Staatsanwalts jetzt auch verwirklicht und durch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre der Angeklagte auch gebührend gekennzeichnet.

Verurteilung eines Naturheilkundigen. Der 65jährige verheiratete Naturheilkundige Anton Geist von Stuttgart wurde wegen gewerbsmäßiger Vergehen gegen das leibende Leben von Schwurgericht unter Einrechnung einer im Mai d. J. wegen desselben Vergehens verhängten Gefängnisstrafe von 3 Monaten zu der Gesamtstrafe von 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Geist war wegen solcher Vergehen schon dreimal vorbestraft.

Aus dem Lande

Esslingen, 8. Dez. Rothilfe der Stuttgarter Bäckermählen. Wie die Stadtverwaltung mitteilt, hat die Firma Stuttgarter Bäckermählen dem Stadt. Wohlfahrtsamt als Weihnachtsgabe für die hiesigen Wohlfahrtsunterstützungsempfänger 507 Pakete Mehl zu je 5 Pfund überlassen und gleichzeitig für den Monat Januar 1932 nochmals dieselbe Gabe in Aussicht gestellt.

Feßbach, 8. Dez. Politischer Ueberfall. Am Sonntagabend wurde Ecke Möltke- und Cannstatterstraße ein Nationalsozialist von mehreren Personen überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei machte der Sache ein rasches Ende, wobei es auch zu kleinen Reibereien zwischen Polizei und Publikum kam. Da letzteres das Feld nur widerwillig räumte, Zwei der Uebeltäter wurden über Nacht in Gewahrsam genommen.

Wetzheim, 8. Dez. Neuzuteilung der Gemeinden an Amtsgerichte. Vom Oberamtsbezirk Wetzheim sind die Gemeinde Wäldendörfen dem Amtsgericht Göppingen, die Gemeinde Kirchdenkberg dem Amtsgericht Badnang, die Gemeinden Alfdorf, Großdenbach und Lorch dem Amtsgericht Gmünd, die übrigen Gemeinden dem Amtsgericht Schorndorf zugeteilt worden.

Pommersweiler Wald, 8. Dez. Bettlergruppe mit Wagen und Pferd. Kam da vor einiger Zeit in unsere einsam gelegene Teilgemeinde Hinterbüchelberg eine Bettlergruppe, aus einem Bezirksort stammend, mit Wagen und Pferd angezogen und bettelte. Sie wollten nur Mehl,

Schmalz und Obst und das in möglichst großer Menge. Ihr Wagen, der schon gut beladen war, wurde hier noch voller und schwerer. Nun mußte man erfahren, daß diese erbettelten und erpreßten Lebensmittel auf einem der letzten Kalener Wochenmärkte zu Geld gemacht wurden.

Heilbronn, 8. Dez. Fideikommissaufhebung. Die fideikommissarische Bindung der auf Markung Schwärgern und Stetten a. S., Olt. Bradenheim, gelegenen Grundstücke des Stammguts der Freiherrn von und zu Demmingen-Guttingen ist aufgehoben worden.

Sulz a. N., 8. Dez. Todesfall. Nach einem arbeitsreichen, von großem Erfolg gekrönten Leben verschied am Samstag nachmittag nach längerem Leiden Kunstmühlenbesitzer M. Schmid im Alter von 68 Jahren. Mit dem Verstorbenen ist ein Mann dahingegangen, der in seinem Leben nur rastlose zielbewusste Arbeit und Pflichterfüllung kannte.

Neudlingen u. Tuttlingen, 8. Dez. Wahlangehtung abgewiesen. In der letzten Gemeinderatssitzung wurden die Mitglieder davon in Kenntnis gesetzt, daß die Anfechtung der hiesigen Bürgermeisterwahl von der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung als unbegründet abgewiesen worden ist.

Göppingen, 8. Dez. Zwei Brände. In der Nacht zum Montag drohte in einem Dachstuhlzimmer eines Hauses in Boll ein Brand auszubrechen. Das Feuer konnte noch rechtzeitig gelöscht werden. Die Ursache ist in Fahrlässigkeit des Zimmerbewohners zu suchen. — In Schlierbach wurde in der Nacht auf Montag im Haus eines Besitzers der Omnibuslinie Kirchheim-Göppingen ein Brand gelegt. Das Feuer wurde rechtzeitig entdeckt und konnte gelöscht werden. Vermutlich aus Nachgeründen wurden dem gleichen Omnibusbesitzer an seinen sämtlichen Omnibuswagen alle Zuleitungslabel abgeschnitten, so daß die Wagen nicht in Betrieb genommen werden konnten. Der Täter ist bis jetzt noch unbekannt.

Die geeichte
Zeiger-Skala
der
NORA
ULTRA-SELEKTIONS-
EMPFÄNGER

bringl spielend
alle
Europastationen

4 RÖHREN
FORM 550 W
RM 175.- + R

3 RÖHREN
FORM 510 W
RM 172.- + R

2 RÖHREN
FORM 510 G
RM 168.- + R

Ulm, 8. Dez. Ueberraschungen der Gemeinderatswahl. Das Ergebnis der Sonntagswahl hat überall die größte Ueberraschung hervorgerufen. Daß die Nationalsozialisten nicht schlecht abschnitten würden, war nach ihrer rührigen Werbung anzunehmen, aber daß sie, die auf dem Rathaus bisher überhaupt nicht vertreten waren, auf den ersten Anstich sieben Ratsitze erobern würden, hat niemand erwartet. Die Juche bezahlten die Mittelparteien. Die früher in Ulm längere Zeit tonangebende Demokratie hat von ihren 4 erledigten Sitzen 3, die Deutsche Volkspartei ihre sämtlichen Sitze verloren. Die Deutschnationalen sind je von 5 auf 3 Sitze zurückgegangen. Die Kommunisten, die zum erstenmal bei den Gemeinderatswahlen auftraten, haben zwei Sitze erzielt. Zentrum 4 (4), Christl. Volksdienst 1 (0).

Von der bayerischen Grenze, 8. Dez. Der rote Hahn. In Burgheim bei Neuburg brach in den Gebäulichkeiten der Kaya-Brauerei Feuer aus, das Stadel und Stall mit den Borräten vernichtete und dem auch ein Stadel des Metzgermeisters Eiz zum Opfer fiel. Am andern Tag wurde auch die Scheuer des Landwirts Bley durch Feuer zerstört. — In Unterkammlich brannte nachts die Gastwirtschaft des Herrn Schropp mit den Dekonomiegebäuden und dem Stadel verunmüßigt infolge Brandstiftung vollständig nieder. Auch die Futtermittel, landwirtschaftlichen Maschinen und das Geflügel sind mitverbrannt.

Vom bayerischen Allgäu, 8. Dez. Gefängnis für einen Faustpolitiker. Der 31 J. a. verh. Schuhmachermeister Anton Injam von Kaufbeuren hatte am 16. November mit mehreren anderen Kommunisten auf einen Wanderbuschen gelauert und diesen, als er aus einem Geschäft in Kaufbeuren herauskam, angegriffen und schwer mißhandelt. Die Rohlinge vermuteten in dem Buschen einen Nationalsozialisten; der Ueberfallene war jedoch ein stellerloser Kaufmann aus Baden. Wegen vorfälliger gefährlicher Körperverletzung wurde Injam zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Als Injam beim Verlassen des Gerichtssaals „Heil Rotfront“ rief, wurde er in eine sofortige zweitägige Haftstrafe genommen.

Koltenburg o. L., 8. Dez. Ueberfall auf einen Kassier. Der Reichsverein ehemaliger Kriegsgefangener hielt hier eine Versammlung ab, in der u. a. auch die im Lauf des Jahres für die Weihnachtsklasse angesammelten Spargelder ausbezahlt werden sollten. Als der Kassier Georg Jakob auffallend lange auf sich warten ließ, forschte man nach seinem Verbleib und fand ihn schließlich auf einem Feldbahnsteig in seinem Blut liegend auf. Im Krankenhaus stellte der Arzt 13 Stiche in die Brust, Arme, Kopf und Beine fest. Die Tasche mit 800 Mark Inhalt war geraubt worden.

Lokales.

Wildbad, den 9. Dezember 1931.

Gefährliche Pläne. — Anrechnung der Kriegsoferrenten auf die Sozialversicherung geplant. Nach unwiderprochenen Nachrichten soll die Anrechnung der Renten auf der Reichsversicherung auf die Invalidenrenten geplant sein. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hat deshalb sofort nach Bekanntwerden dieser Pläne in Telegrammen an den Reichskanzler, an den Reichspräsidenten gegen diese Pläne entschieden protestiert. Die Durchführung solcher Maßnahmen würde zwar Verschiebung der Ausgaben-Positionen im Reichshaushalt, nicht aber tatsächliche Einsparungen bringen, den Grundlag von Leistung und Gegenleistung in der Sozialversicherung beseitigen und eine weitere, nicht zu verantwortende Herabdrückung der schon jetzt unzureichenden Lebenshaltung der Kriegsofer bedeuten, sowie die öffentliche Wohlfahrtspflege, von der die Kriegsofer durch ausreichende Leistungen des Reiches ferzuhalten sind, belasten.

Durst-Stunde. — Halle Wildbad.

Ob Elster-Wasser, ob Wildbad-Quelle — Beide — so rein! von kristallener Halle! Beide erlaben den Körper! den Sinn! Kranken — Gesunden — von gleichem Gewinn!

Eile! verweile am Ursprungsort! Dort ist die Lab' so stark wie das Wort: „Reiche lebendiges Wasser imr — Brunn!“ „Daß ich nicht dürste!“ All immer vergunn,

Mich zu erlaben am spendenden Quell: Sieh — nie entschwinden die Sorgen dann schnell! Wanderer! Durstender! bist du gelabt — Denke des Schöpfers, der Felsen begabt,

Quellen zu senden ins lechzende Land — Moses-Legende — Weltbibel-bekannt! Knie! dann zur Stunde, und tu dein Gebet! Gott ist der Spender. Deine Fleh'ner versteht.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Verteilung der Nobelpreise findet in Stockholm am Donnerstag, den 10. Dezember, in Gegenwart des Königs und des Kronprinzen von Schweden statt.

Die deutschen Preisträger Geheimrat Professor Bosch und Professor Marburg sind am Montag in Stockholm eingetroffen.

Künstlerhilfe. Die Stadt Trier mußte infolge der Not der Zeit den Eigenbetrieb des Theaters aufgeben, das ehemalige städtische Orchester ist jedoch beisammengeblieben. Um diese Musiker in ihrem Existenzkampf zu unterstützen, haben Generalmusikdirektor Prof. Karl Leonhardt von den Würt. Landes-Theatern in Stuttgart, Max v. Schilling in Berlin, Generalintendant Prof. Dr. E. v. Reubek-Leipzig, Karl Rankl, 1. Kapellmeister am Staatstheater in Wiesbaden und Generalmusikdirektor Josef Rosenstock vom Nationaltheater in Mannheim sich bereit erklärt, je ein Symphoniekonzert in Trier zum Besten der Musiker zu dirigieren, und zwar unter Verzicht auf jedes Sonderhonorar.

Einschränkung eines Presseverbots durch das Reichsgericht. Zu dem vom Oberpräsidenten in Kiel für die Zeit vom 20. November bis zum 31. Dezember 1931 erfolgten Verbot der Kieler nationalsozialistischen Wochenschrift „Der Volkskampf“ hat das Reichsgericht auf die Beschwerde des Verlegers beschlossen, daß das Verbot mit Ablauf des 15. Dezember 1931 endet.

Abklärung des Starek-Prozesses. Der Vorsitzende im Starek-Prozess hat eine Erklärung des Gerichts verlesen, daß der Prozeß ganz erheblich abgeklärt werden soll. In der Erklärung heißt es: Im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft hält das Gericht auf Grund der bisherigen Beweisaufnahme für nicht widerlegt, daß die Angeklagten Kohl, Salomowski, Goebel, Degner und Schneider an eine Schädigung der Stareks infolge der Kieburg-Birtshof gestaubt haben. Die Folge sei, daß die Beweisaufnahme eingeschränkt würde, wenn sich auch die Zahl der Zeugen nur um einen vermindere. — Diese Erklärung ist sehr zu begrüßen, um so mehr, als man aus dem bisherigen Verlauf des Prozesses nicht einsehen konnte, weshalb einzelne Punkte, die doch wirklich völlig klar lagen, so breit ausgetreten wurden. Hoffentlich trifft nun die Voraussage nicht ein, daß das Gericht bis Pfingsten im Starekprozeß sitzen werde.

Antrene. Ein Prokurist der Zweigstelle der Commerz- und Privatbank in Düsseldorf hat in Zusammenarbeit mit einem Großhändler der Bank weit über 100 000 Mark verpekuliert.

Beim Arbeitsamt in Kreuznach (Rassau) wurden schwere Verfehlungen entdeckt. Fast alle leitenden Beamten wurden entlassen oder verfehlt.

Selbstmord eines Rechtsanwalts. Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Hagenkemper, gegen den wegen Untreue und Unterschlagung von Mandantengeldern Haftbefehl erlassen wurde, hat sich in seiner Villa in Lichterfelde in dem Augenblick erschossen, als die Polizei sein Haus betrat, um den Haftbefehl zu vollziehen. Die Kriminalpolizei hatte von seinem Aufenthalt in seiner Villa Kenntnis erhalten und umstellte heute früh um 5 Uhr mit Unterstützung eines Ueberfallkommandos die Villa. Gerade in dem Moment, als die Kriminalpolizei in das Haus Einlaß begehrte, hörte sie aus dem ersten Stock einen Schuß und stellte nach gewaltsamen Eindringen in die verbarrikadierte Villa fest, daß sich der Gesuchte durch einen Schläfenschuß erschossen hatte.

Nur nicht Deutsch! Der frühere Operntenor des Neuen Deutschen Theaters in Prag, Jan Kieron, wollte ein vor einigen Tagen in Prag abgehaltenes Konzert in Bilsen wiederholen. Unmittelbar vor Beginn des Konzerts wurde ihm behördlich mitgeteilt, daß die vorgesehenen Lieder von Strauß deutsch nicht gesungen werden dürften. Kieron sang in Bilsen in sechs Sprachen, Deutsch wurde ihm streng verboten.

Rauschgifthändler verhaftet. Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete einen Großhändler namens Des Gracio aus Lyon wegen Rauschgiftschmuggel. Die Untersuchung führte zur weiteren Verhaftung von zwei Schmugglern Frank und Vater in Hamburg, die mit Des Gracio in Geschäftsverbindung standen. Im Hamburger Freihafen konnten 27 Kisten mit 250 Kg. Morphin beschlagnahmt werden. Der Handel dieser Schmuggler reichte von der Türkei bis Amerika.

Berliner Pfundkurs, 8. Dez. 13.66 G., 13.70 B.

Berliner Dollarkurs, 8. Dez. 4.209 G., 4.217 B.

Privateinkauf 8 v. 5. kurz und lang.

Württ. Silberpreis, 8. Dez. Grundpreis 45 RM. d. Kg.

Die Großhandelsmehrpacht im Monatsdurchschnitt November 1931 ist mit 106,6 um 0,5 v. H. niedriger als im Vormonat. Die Mehrzahlen der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 98,5 (unverändert), Kolonialwaren 93,7 (weniger 1,1 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 99,1 (weniger 0,3 v. H.), industrielle Fertigwaren 132,1 (weniger 1,0 v. H.).

Wahereinarbeitung zum deutsch-österreichischen Handelsvertrage. In Wien ist am 5. Dezember eine Zusatzvereinbarung zum deutsch-österreichischen Handelsvertrag vom 12. April 1931 unterzeichnet worden. In der die österreichische Regierung einer Herabsetzung des den österreichischen Grenzlagewerten zur Einfuhr nach Deutschland eingeräumten zollermäßigsten Schnittholzfünftags von 250.000 Doppelpentner auf 60.000 Doppelpentner zugestimmt. Dagegenüber erklärt sich die deutsche Regierung mit einer Erhöhung des österreichischen Bleistiftzolls von 80 auf 110 Kronen einverstanden.

Der Goldbestand der Bank von Frankreich betrug nach ihrem letzten Wochenanweis 67.844 Mill. Franken (11,19 Milliarden Reichsmark), also weit mehr als das Zehnfache des Goldbestands der Deutschen Reichsbank (1004,9 Mill. RM. am 30. Nov. 1931).

Der Verlust der Bank von Frankreich an englischen Pfunden. Die Bank von Frankreich teilt in ihrem Wochenanweis seit der Aufhebung der Goldwährung in England mit, daß die Devisen zu dem geschätzten Goldwert des betreffenden Landes berechnet sind. Da die Anlagen der Bank in England etwa 70 Mill. Pfd. betragen, hat die Bank von Frankreich also nach dem gegenwärtigen Pfundkurs weit über zwei Milliarden Franken (330 Millionen RM.) verloren. Die französischen privaten Guthaben in England sind nur noch gering.

51 Mill. Pfund Fehlbetrag in der englischen Zahlungsbilanz. In der Zeit vom Januar bis Ende September 1931 hat sich im Waren- und Zahlungsvorteil Großbritanniens ein Fehlbetrag von 51 Mill. Pfd. Sterling ergeben. Im Jahr 1930 hatte England noch einen Ueberschuß von 44 Mill. Pfd. und im Jahr 1929 einen solchen von 131 Mill. Pfd. Sollten sich die Ausfälle im letzten Vierteljahr in gleichem Ausmaß fortsetzen, so würde sich der Fehlbetrag 1931 auf rund 70 Mill. Pfd. erhöhen. Schiffsahrt, Bankgeschäfte und Ueberseeinkäufe des Schatzamts ergaben einen gegen früher um mehr als die Hälfte verringerten Ueberschuß, die Einkünfte aus den englischen Anlagen in Uebersee lieferten an Zinsen in den ersten 9 Monaten 1931 rd. 100 Mill. Pfd. gegen 235 Millionen im Vollaufe 1930 und 270 Mill. im Vollaufe 1929.

Brennabor-Werte - Webr. Reichstein, Brandenburg. Nach einem Status per 31. Okt. der Brennaborwerte betragen die Aktiven insgesamt 16,75 Mill. RM., die Passiven insgesamt 16,4 Millionen RM. Von den Passiven sind 6,1 Mill. RM. gesichert und 1,75 Mill. RM. durch Dritte gedeckt. Die ungesicherten Forderungen betragen 8,5 Mill. RM. Die gesondert aufgeführten Anale, Wechselverbindlichkeiten und Bürgschaften machen fast 3 Mill. RM. aus. Die rechnerische Quote beträgt 40 Prozent. Die Gläubigerversammlung stimmte der Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens zu. Es kam der Wille zum Ausdruck, eine durchgreifende Reorganisation vorzunehmen.

Lacloser Zustand in der mitteldeutschen Metallindustrie. Im Reichsarbeitsministerium haben am Dienstag Lohnverhandlungen für die mitteldeutsche Metallindustrie stattgefunden. Da der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung von Arbeitgeberseite zurückgezogen wurde, ist für die mitteldeutsche Metallindustrie ein tarifloser Zustand eingetreten.

Zahlungseinstellung. Febr. Maximilian v. Landsberg-Besen in Gemen, land- und forstwirtschaftliche Unternehmungen und Industriebetriebe. Verfügbare Vermögenwerte 3,37 Mill. RM., Verbindlichkeiten 4,19 Mill. RM.

Magdeburger Juckerpreise, 8. Dez. Dez. 51.50. Tendenz: ruhig. Bremen, 8. Dez. Baumwolle Middl, Univ. Stand. loco 7.20.

Notiz

Stuttgarter Schlachtlehmarkt vom 8. Dez. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 38 Ochsen, 33 Bullen, 204 Jungbullen, 410 Rinder, 379 Kühe, 1611 Kälber, 2165 Schweine, 11 Schafe. Davon blieben unverteilt: 10 Ochsen, 50 Rinder und 20 Kühe. Verkauf des Marktes: Großvieh befest, Ueberstand, Kälber und Schweine mäßig befest.

Ochsen:	8. 12.	3. 12.	Kühe:	8. 12.	3. 12.
ausgemästet	30-33	—	fleischig	12-15	—
vollfleischig	25-29	—	gering genährt	8-11	—
fleischig	20-24	—	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und beste Saughälber	35-38	34-37
ausgemästet	23-25	23-24	mittl. Mast- und gute Saughälber	32-34	30-32
vollfleischig	21-22	20-21	geringe Kälber	25-30	24-29
fleischig	18-20	18-20	Schweine:		
Rinder:			über 800 Pfd.	—	—
ausgemästet	32-36	32-35	240-300 Pfd.	47-48	44-48
vollfleischig	25-30	24-30	300-340 Pfd.	45-46	44-46
fleischig	20-24	20-24	160-300 Pfd.	43-44	41-43
gering genährt	—	—	120-160 Pfd.	40-42	37-40
Kühe:			unter 120 Pfd.	40-42	37-40
ausgemästet	22-26	—	Sauen:	30-38	—
vollfleischig	17-20	—			

Am 8. Dez. Schlachtlehmarkt. Zutrieb: 4 Ochsen, 16 Farren, 20 Kühe, 18 Rinder, 198 Kälber, 322 Schweine. Preise: Ochsen 1. 28-30, Farren 1. 18-20, 2. 16-17, Kühe 2. 16-20, 3. 12-15, Rinder 1. 28-30, 2. 24-26, Kälber 1. 30-32, 2. 26 bis 28, Schweine 1. 40-42, 2. 36-38. N. Marktverkauf: in allen Gattungen langsam geräumt.

Wildbad.

Bei der Gemeinderatswahl

am 6. Dezember 1931 wurden folgende Herren gewählt:

1. Schill, Wilh., Bauunternehmer hier mit 1025 Stimmen.
2. Straßer, Albert, Hotelier hier mit 1010 Stimmen.
3. Brühlmaier, Arnold, Fabrikdirektor hier mit 988 Stimmen.
4. Willig, Wilhelm, Schreiner hier mit 987 Stimmen.
5. Kappelmann, Ludwig, Kaufm. hier mit 908 Stimmen.
6. Pfau, Karl, Hauptlehrer hier mit 864 Stimmen.
7. Huzel, Karl Friedr., Kaufmann hier mit 841 Stimmen.
8. Gall, Christian, Tagelöhner hier mit 792 Stimmen.

Beginn der Wahl kann binnen einer Woche nach dieser Bekanntmachung beim Gemeinderat Einsprache erhoben werden.

Im übrigen wird auf den Anschlag am Rathaus verwiesen, insbesondere bezüglich der weiteren Bürger, die Stimmen erhalten haben und als Erfahrmänner in Betracht kommen.

Bürgermeisteramt: Baegner.

Die Grund-, Gebäude-, Gebäude-entfchuldungs- und Gewerbesteuern für Monat Dezember 1931

Insoweit die rückständigen Steuern werden am Freitag den 11. Dezember 1931 vormittags 10 bis 12 und 2 bis 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses entgegen genommen.

Wildbad den 9. Dezember 1931.

Stadtkasse.

Ev. Kirchenpflege.

Von der Kirchensteuer für 1931 sind 3 Viertel verfallen. Um unsere Verpflichtungen nachkommen zu können, bitten wir die Gemeindeglieder, die eine Zahlung leisten können, dringend, wenigstens einen Teil ihrer Schuldigkeit zu bezahlen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Steuer in monatlichen Zahlungen geleistet werden kann.

Kirchenpfleger Hieber.

W. Forstamt Wildbad.

Am Mittwoch, den 16. Dezember 1931, nachmitt. 5 Uhr wird in Wildbad auf der Forstamtskanzlei die

Beifahrer von Nadelstammholz

aus Distr. I Abt. 99 Hint. Eulenloch, 101 Hint. Langsteig, 102 Bord., 103 Hint. Altkoch, 107 Ob., 115 Unt. Baurenreich, 116 Mittl. Gustrich, 119 Christophshof, 120 Unt. Gustrich, Distr. II Abt. 8 Heuhütte, 9 Kreuzweg, 13 Jägerhütte, 14 Bucheckern, 20 Alterbächle, 26 Wendepflanze, 37 Dachsbau, 48 Ob. Schwarzergrund, 49 Schmierofer, 52 Schwarzbach, 53 Unt. Schwarzergrund und Scheidholz, insgesamt 1485 fm, auf das Sägewerk Rehfueß in Höfen in mehreren Losen vergeben. Auskunft beim Forstamt, wohin schriftliche Angebote bis zum obigen Termin eingereicht werden wollen.



Langfristige DARLEHEN

zu nur 3 Prozent Zins auf Hypoth. zu Bau, Kauf, Umschuldung und zu anderen Zwecken über Sparvertrag (kurze Wartezeit) - Schuldverlaß beim Tod.

Kresegga-Bausparkasse Konstanz.

Generalvertreter: Adolf Götsche, Baumeister Hochdorf O.-A. Horb a. Neckar.

Bezirksvertreter und stille Vermittler überall gesucht.

Junges fettes Rindfleisch Pfd. 50 Pfg. Metzgerei Treiber.

ADINA-Taschen-Kamera 5 x 8

die kleine Kamera, die große Aufnahmen gibt!

Ein Weihnachtsgeschenk das noch nach Jahren Freude macht

Verschluss	Vario	Ibsor	Ibsor	Compur
Lichtstärke	1:6,3	1:6,3	1:4,5	1:4,5
Preis	25.00	35.00	48.00	55.00



KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Radio



- 2-Röhren-Gleichstrom-Empfänger 21 Gi einschl. Röhren . Mk. 109.—
- 3-Röhren-Gleichstrom-Empfänger 331 Gi einschl. Röhren . Mk. 158.—
- 4-Röhren-Gleichstrom-Empfänger 41 Gi einschl. Röhren . Mk. 245.—

Grosse Leistungen!

Hermann Krauß, Elektromeister, Wildbad



Heute abend 8.00 Uhr Singstunde

Sonntag den 13. Dezember 1931 abends 5 Uhr im „Hotel Schwarzwaldhof“ Wildbad

Instrumental-Konzert

der Orchesterklasse und Musikstudierender der Wildbader und Neuenbürger Musikschule, unter Mitwirkung einiger auswärtiger Herren.

Musikfreunde und Gönner der Sache sind höflich eingeladen.

Direktor: Ernst Müller.

Zur Deckung der Unkosten werden (einschließlich Programm) 50 Pfg. Einlaßgebühr erhoben.

Beabsichtigen Sie für sich oder Ihre Kinder für die Weihnachtszeit ein

Musik-Instrument

Klavier, Violine, oder sonst eines anzuschaffen, erhalten Sie kostenfrei und unverbindliche Beratung bei der Musik-Schule Wildbad Charlottenstr. 40.

FRAUEN

nur keine Sorgen! glücklich, sorgenfrei können Sie sein, wenn Sie meine stets bewährte, unschätzbliche bgg. Frauenartikel gebrauchen. Zahlreiche Dankschreiben. Teilen Sie mir in allen Fällen vertrauensvoll Ihre Wünsche mit. Diskret. Versand. Hysanko-Versand Hannover Hildesheimerstr. 8.

FrISCHE FISCHE

nochmal billig!

Heute eingetroffen: Grischer Kabeljau im ganzen Fisch Pfd. 24

Kabeljau-Filet Pfd. 38

3 Waggon unserer erstklassigen Weihnachtsgänse treffen für die Feiertage ein.

Pfannkuch

Das Vertrauen der Käufer

kann man nicht durch eine einmalige Werbung erlangen. Die Wiederholung bringt Erfolge. Begnügen Sie sich jetzt nicht mit einer Anzeige, wenn Sie zu Weihnachten bessere Geschäfte machen wollen. Ihr bester Helfer in der Kundenwerbung.

„Wildbader Tagblatt“

Wer sucht Geld?

Ab 500 Mark in jeder Höhe. Bau-, Hypotheken- und Darlehensgelder. Keine Vermittlung. Auskunft kostenlos durch Otto Siegle, Pforzheim, Reichlestr. 4. Nachweislich laufende Auszahlungen unv. Interessenten.

Großer Preisabbau

Damenhüten

Lezte Neuheiten!

Fertig Pforzheim

7 Schloßberg 7